

# „Migrantisierung“ von Prekarität

## Konflikte und Handlungsfelder am Beispiel der Fleischindustrie und Logistik in Deutschland und Österreich

Die COVID-19-Pandemie hat in vielen Ländern dazu beigetragen, dass Arbeits- und Lebensverhältnisse von Migrant\_innen stärker in der Öffentlichkeit thematisiert wurden. Denn viele Tätigkeiten, bei denen die Arbeitenden weiterhin am Fließband oder auf dem Feld waren, werden überwiegend und in manchen Branchen fast ausschließlich von Menschen ohne deutschen bzw. österreichischen Pass verrichtet. Im Fokus standen erstens die gesundheitlichen Belastungen der Arbeit in sogenannten systemrelevanten Sektoren aufgrund der Unmöglichkeit von Social Distancing, der mangelhaften Einhaltung von Hygienemaßnahmen sowie eines zum Teil stark angewachsenen Produktionsdrucks während der Pandemie. Thematisiert wurden zweitens die prekären Beschäftigungsverhältnisse und die fehlende gesellschaftliche Anerkennung der mehrheitlich von Migrierten geleisteten „dirty jobs“.

In unserem Beitrag stellen wir vergleichend erste Resultate empirischer Forschungen zu migrantischer Arbeit in der deutschen Fleischindustrie und österreichischen Verteilerzentren und Lagerhallen vor, die zu unterschiedlichen Zeitpunkten der Pandemie erhoben wurden. In beiden Fällen standen die Arbeitsbedingungen aufgrund von Infektionsskandalen – zumindest vorübergehend – im öffentlichen Fokus. Auf der Grundlage qualitativer Interviews mit Expert\_innen sowie Beschäftigten und teilnehmender Beobachtung rekonstruieren wir zunächst den Verlauf der Konflikte in den zwei Branchen, um danach fallübergreifende Gemeinsamkeiten in der Verwertung migrantischer Arbeit herauszuarbeiten.

In der deutschen Fleischindustrie kam es seit April 2020 wie in vielen anderen Ländern weltweit zu Masseninfektionen in Schlacht- und Zerlegebetrieben. Die so ausgelöste öffentliche Thematisierung der Arbeitsbedingungen sowie der Wohnverhältnisse in Arbeiter\_innen-unterkünften führte zunächst zu einer kurzfristigen Sichtbarkeit von Protesten und Streiks von Migrant\_innen. Im weiteren Verlauf kam es sodann zu einer Debatte über die extensive Nutzung prekärer Beschäftigung durch Werkverträge und Leiharbeit, mit der politischen Folge eines teilweisen gesetzlichen Verbots beider Beschäftigungsformen in den Kernbereichen der Fleischindustrie. Der Prozess wurde im Rahmen eines größeren Projekts des Soziologischen Forschungsinstituts Göttingen untersucht, wobei nicht nur die Beschäftigungsverhältnisse als solche, sondern – anders als in der öffentlichen Debatte – auch die sozial- und aufenthaltsrechtliche Rahmung thematisiert wurden.

In der COVID-19-Pandemie erleben Logistikunternehmen steigende Umsatzraten, da ein großer Teil dessen, was sonst im Einzelhandel gekauft wird, über Online-Händler bestellt wird. Während die Verzögerung von Sendungen rasch mediale Aufmerksamkeit erhielt, rückten die massiven

Belastungen für jene, die für die Abwicklung der Bestellungen zuständig sind, in Österreich erst in den Fokus der Öffentlichkeit, als im Mai 2020 große Distributionszentren zu Infektionsclustern wurden. Die Fälle wurden vor allem auf den Einsatz von Leiharbeiter\_innen zurückgeführt, was kurzfristig eine Debatte über den Arbeits- und Gesundheitsschutz in der Arbeitskräfteüberlassung auslöste, die jedoch rasch wieder in den Hintergrund trat. In einem durch die Arbeiterkammer geförderten Forschungsprojekt am Institut für Soziologie der Universität Wien wird der Zusammenhang zwischen fragmentierter Beschäftigung und dem Arbeits- und Gesundheitsschutz in Verteilerzentren und Lagerhallen in Wien und Umgebung untersucht.

Die beiden Konstellationen vergleichend, werden wir in unserem Beitrag diskutieren, welche Folgen Debatten, Proteste und Reformen während der Pandemie für die Arbeitsbedingungen und die kollektiven Handlungsspielräume migrantischer Arbeiter\_innen haben (werden). Im Fokus steht insbesondere die Frage, wie sich in beiden Fällen die Fragmentierung der Beschäftigung und intersektionale Ungleichheiten bedingen und wie diese Wechselwirkung sowohl durch (fehlende) arbeits- und aufenthaltsrechtliche Regulierungen als auch durch rassifizierende und vergeschlechtlichte Zuschreibungen gestützt wird. Dabei wird auch die dauernde soziale Neuzusammensetzung migrantischer Arbeit zum Gegenstand, wie sie sich im zunehmenden Ersatz von etablierten Arbeitskräften durch Newcomer aus Drittstaaten und/oder Geflüchtete zeigt. Unsere These ist, dass diese Prozesse der Neudefinition von Beschäftigungsverhältnissen, der Neuzusammensetzung der Arbeitskraft sowie der (rassifizierenden und vergeschlechtlichten) Auf- und Abwertung von Tätigkeiten im Arbeitsprozess fortlaufend die Unterschichtung migrantischer Arbeitskraft hervorbringen.

In diesem Zusammenhang werden wir auch eine theoretisch-begriffliche Rahmung vorschlagen, die arbeits- und migrationssoziologische Fragestellungen aufeinander bezieht. Hierfür erachten wir eine Verbindung zwischen dem neueren Diskurs zu Fragmentierung in der Arbeitssoziologie und der Debatte um die „differentielle Inklusion“ (Mezzadra/Neilson) und die „multiple Prekarität“ von Migrierten für gewinnbringend. Aufbauend auf der US-amerikanischen Debatte zur „racialisation of labor“ argumentieren wir, dass rassifizierende und rassistische Zuschreibungen als konstitutives Moment von Fragmentierungspolitiken konzeptualisiert werden müssen. Den österreichischen und deutschen Fall vergleichend, werden wir schließlich auf die Rolle lokaler und nationalstaatlicher Regulierung eingehen, die die jeweiligen Handlungsmöglichkeiten von Gewerkschaften und NGOs prägen, die für eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen eintreten.